



Arbeit muss sich wieder lohnen

Seite 2



Lenz

Ein Flüstern weht im Wind
ein Duft so zart und mild
von roten Nelken und rotem Mohn.
Bald vernimmst du schon
das Lied, ein endloses Summen
fleißig arbeitender Bienen
die da im Chor besingen
das neu erwachte Leben.

Alexander Bockerl Stević



Konsequent
für unsere Interessen!



GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

ZITIERT



„Auch wenn niemand in Österreich verhungern oder erfrieren muss, es gibt viel zu viele Menschen in Österreich, die hungern oder frieren.“ — Caritas-Präsidentin Nora Tödting-Musenbichler, ZIB2, 26. November 2023

„Im Versilbern ihrer goldenen Telefonbücher stehen die beiden ehemaligen Kanzler aus dem kleinen Österreich mit Sicherheit zu den Europameistern.“ — Rainer Fleckl über Sebastian Kurz und Alfred Gusenbauer, Kronen Zeitung, 1. Dezember 2023

„Die große Gewinnerin könnte aber die KPÖ sein – aus Graz kommt jedenfalls genügend Rückenwind.“ — Jörg Schwaiger, Steirerkrone, 2. Jänner 2024

„Papst: Marxisten und Christen eint Einsatz für bessere Zukunft“ — Schlagzeile der katholischen Nachrichtenagentur kathpress, 10. Jänner 2024

„Das Brechen von Wahlversprechen kann man der KPÖ sicher nicht vorwerfen.“ — Politologin Heinz Wassermann in den Salzburger Nachrichten, 25. Jänner 2024

„Wir verstehen uns seit unserem EU-Beitritt 1995 nicht mehr als neutral.“ — Die finnische Außenministerin Elina Valtonen im Kurier, 10. Februar 2024

KLEIN, aber MIT BISS



Stellen Sie sich vor, manche Berufsgruppen würden so schlecht arbeiten, wie sie bezahlt werden!

GLB-KPÖ BEI DER ARBEITERKAMMERWAHL

Faule Kompromisse gibts

Die Arbeiterkammer hat als Serviceeinrichtung einen guten Ruf. Warum sollte man bei der kommenden Wahl ausgerechnet GLB-KPÖ wählen? Wir haben mit den Spitzenkandidaten der Liste 5, Georg Erkinger und Hilde Tragler gesprochen.

Georg Erkinger: Die AK ist viel mehr als nur ein Konsumentenschutzverein. Wir sind der Meinung, dass sie als Vertretung der arbeitenden Menschen ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik sein muss. Das bringen wir in der Arbeiterkammer zur Sprache.

Hilde Tragler: Es braucht eine Fraktion, die sich konsequent für die Interessen der Arbeiter:innen und Angestellten einsetzt, und auch einmal unangenehme Themen anspricht, die die Mehrheitsfraktion gern unter den Teppich kehren will.

Was sind die Themen, die die Liste GLB-KPÖ in den Vordergrund rücken möchte?

Erkinger: Eine der brennendsten Fragen derzeit ist jene nach einer umfassenden Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Wir haben dabei sowohl die Interessen der Patientinnen und Patienten im Auge, als auch jene der Bediensteten in den Spitälern und in

der Pflege. Die Landesregierung darf mit ihrem Kahlschlag bei den Spitälern nicht durchkommen.

Tragler: Es gibt breiten Widerstand in der Bevölkerung dagegen, es wäre wichtig, dass sich auch die AK entsprechend zu Wort meldet. Von der SPÖ-FSG ist hier leider nichts zu erwarten, Zeit, dass sich hier etwas ändert!

Die Inflation hat im vergangenen Jahr neue Rekordwerte erreicht, und noch immer steigen die Preise. Kann man da nichts dagegen machen?

Erkinger: Zunächst muss man festhalten: die Preise steigen nicht einfach so, sondern sie werden erhöht! Und es gibt Konzerne und Spekulanten, die davon profitieren. Bezahlen müssen die einfachen Menschen, ob beim täglichen Einkauf, an der Tankstelle oder über die Mieterhöhungen. Hier braucht es eine Regulierung, also amtliche Eingriffe in die Tarif- und Preisgestaltung – gerade beim Woh-

Georg Erkinger und Hilde Tragler, Spitzenkandidaten der Liste 5 – KPÖ-GLB im Interview



nen, bei Lebensmitteln und den Energiekosten.

Tragler: Es heißt doch: Arbeit muss sich wieder lohnen. Das beste Mittel gegen hohe Inflation ist immer noch eine saftige Lohn-

Arbeiterkammer-Wahlen von 16. bis 29. April – so geht's:

Wer ist wahlberechtigt?

Alle AK-Mitglieder, die zum Stichtag (3.1.2024) umlagepflichtig waren – also ein Verdienst aus Arbeit bekommen haben.

Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler mit aufrechem Arbeitsverhältnis nur dann, wenn sie sich in die Wählerliste haben eintragen lassen.

Wann wird gewählt?

Wahl 16. bis 29.4. 2024

Wo und wie kann ich wählen?

Im Betrieb

In vielen Unternehmen wird direkt im

Betrieb gewählt: Infos und Aushänge beachten!

Per Brief

Wenn es direkt im Betrieb kein Wahllokal gibt, werden Ihnen Wahlunterlagen zugeschiedt. Sie können Ihre Stimme dann ganz einfach per Post (Achtung: Poststempel spätestens vom letzten Wahltag) abgeben oder

Persönlich

in der Arbeiterkammer in der Hans-Resel-Gasse 8-14 (=Wahllokal) oder einer der AK-Bezirksstellen (akstmk.at)wählen.

Wen wähle ich bei der AK Wahl?

Gewählt wird das „Arbeiterparlament“, die Arbeiterkammer-Vollver-

sammlung. Ihre Mitglieder sind die Kammerrätinnen und Kammerräte. Diese wählen aus ihren Reihen die AK-Präsidentin oder den AK-Präsidenten in ihrem Bundesland.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, kann bis spätestens 19. April 2024 auf elektronischem Weg (Download „Wahlkartenantrag für Betriebssprengelwähler“) oder bis 22. April 2024 persönlich im Wahlbüro, AK Steiermark, 1. Stock, Hans-Resel-Gasse 6-14, 8020 Graz, eine Wahlkarte beantragen (Tel. 05/7799-2576, Mail: wahlbuero@akstmk.at bzw. Bezirksstelle der AK) und damit per Brief oder im öffentlichen Wahllokal wählen.

mit uns nicht



erhöhung gewesen. Wenn die Gehälter und Löhne stagnieren, schlägt die Teuerung besonders durch.

Was dürfen wir uns erwarten, wenn der GLB-KPÖ in der AK gestärkt wird?

Tragler: Für uns kandidieren Menschen mitten aus dem Arbeitsleben, aus der Metallindustrie ebenso wie etwa aus

dem Pflegebereich oder Handelsangestellte. Wir wissen wo der Schuh drückt und sind die Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Erkinger: Wir sind auch die einzigen, die grundsätzliche Fragen stellen, etwa zur Friedenspolitik. Eine Stimme für den GLB-KPÖ ist eine wichtige Stimme für die Interessen der arbeitenden Menschen und ein Denkkzettel für die Herrschenden.

LISTE 5



GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK - KPÖ



KOMMENTAR

Claudia Klimt-Weithaler
KPÖ-Klubobfrau
im Landtag Steiermark

Widerstand wirkt

Ende Jänner wurde verkündet, dass die Wohnunterstützung erhöht und künftig automatisch an die Inflation angepasst werden soll. Die Landesregierung will mit dieser Maßnahme vor der anstehenden Landtagswahl offenbar Druck herausnehmen, denn der Unmut in der Bevölkerung war ob der Teuerung beim Wohnen immer größer geworden. Das hat sich nicht zuletzt durch den Zuspruch unserer „Wohnen darf nicht arm machen“-Kampagne bestätigt. Tausende Steirerinnen und Steirer haben bereits für leistbares Wohnen unterschrieben, man sieht: wenn man sich auf die Füße stellt, dann bringt das auch Erfolge.

Ähnlich war es auch beim sogenannten Spitalspaket. Die Steiermark war jahrelang Schlusslicht bei den Gehältern der Spitalsbediensteten. Das war mit ein Grund für die Personalprobleme in Gesundheit und Pflege. Als der Landesregierung das Wasser bis zum Hals stand, hat sie die Notbremse gezogen und zumindest eine Verbesserung geschaffen. Auch das wurde nur umgesetzt, weil sich viele Menschen aufgerafft haben, und ihren Unmut offen zum Ausdruck gebracht haben.

Widerstand wirkt also. Nicht zuletzt war das auch bei der Elementaren Bildung der Fall, hier wurden bessere Personalschlüssel, kleinere Gruppen und ein deutlich besseres Entlohnungsschema durchgesetzt.

All diese Erfolge wurden nicht von der hohen Politik aus Großzügigkeit verschenkt, sondern kamen nur zustande, weil sich viele Menschen gemeinsam stark gemacht haben für ihre Interessen. Bei der anstehenden Arbeiterkammerwahl stehen mit der Liste GLB-KPÖ Personen zur Wahl, die das genauso sehen, und die sich in ihrem Umfeld tagtäglich für diese gemeinsamen Interessen einsetzen. Es wäre gut, wenn diese Liste weiterhin eine starke Stimme im Arbeiterkammerparlament sein kann.

Sie haben ein Anliegen?
Wir sind für Sie da!

0316/877 5104
KPÖ-Landtagsklub

Konsequent für unsere Interessen

Tel. 0677/612 538 99 – E-Mail: glb@glb-steiermark.at • Facebook: glbsteiermark

16. – 29. APRIL 2024

Zwischen 16. und 29. April 2024 wird die steirische Arbeiterkammer-vollversammlung neu gewählt. Derzeit haben dort die SPÖ-Gewerkschafter eine Übermacht. Der GLB-KPÖ tritt an, damit in der AK für die arbeitenden Menschen wirklich was weitergeht.

Wir brauchen Löhne, von denen wir leben können. Wir brauchen sichere Jobs statt Leiharbeit, Befristungen und ständigen Sorgen um den Arbeitsplatz. Und wir brauchen Wohnungen, die wieder leistbar sind.

Die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessensvertretung der arbeitenden Leute könnte dazu einen Beitrag leisten und Druck auf die Regierenden machen. Deshalb ist es wichtig, wer in der AK Einfluss hat.

Bei dieser AK-Wahl entscheiden Sie, ob Sie die Funktionäre jener Parteien stärken wollen, die für die jetzige Lage verantwortlich sind, oder ob Sie den Regierenden einen Denkzettel verpassen möchten.

Wenn Sie eine starke Stimme für Gerechtigkeit in der AK wollen, die auch einmal auf den Tisch haut, dann unterstützen Sie bei der Wahl die Liste 5 – GLB-KPÖ!

Wir stellen vor: Kandidatinnen und Kandidaten des GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl



Lisbeth Zeiler arbeitet in einer Bäckerei:

Immer mehr Menschen nehmen die Politik nur mehr als Schlammschlacht, Postenschacher und Selbstbedienung wahr. Politik muss aber bedeuten für andere da zu sein, uneigennützig für diejenigen einzutreten, die sonst keine Lobby haben. Dafür steht GLB-KPÖ.



Alexandra Hude arbeitet bei Magna in Graz

Als Betriebsrätin weiß ich um die Sorgen meiner Kolleginnen und Kollegen Bescheid. Fließbandarbeit und Stress, dazu die ständige Sorge um die Auftragslage. Da ist es wichtig, dass sich jemand für die einfachen Arbeiter einsetzt.



Udo Ranninger arbeitet bei voestalpine

Wir Arbeiter in der Stahlbranche sind es gewohnt, „heiße Eisen“ anzufassen. Auch in der AK braucht es Menschen, die jene Themen ansprechen, die uns alle betreffen. Der GLB-KPÖ setzt sich konsequent für unsere Interessen ein.



Sener Edepali ist Betriebsratsobmann bei Salesianer Miettex

Die arbeitenden Menschen müssen in allen Fragen gehört werden, die sie betreffen. Nein zu längeren Arbeitszeiten und Schichtmodellen, bei denen die Überstundenzuschläge wegfallen! Für eine starke Stimme in der AK, denn nur gemeinsam sind wir stark!



Philipp Ulrich ist Betreuer und Pfleger bei Lebensgroß

Die Menschen im Sozial- und Pflegebereich leisten eine hervorragende Arbeit trotz immensen Arbeitsdrucks. Ich möchte ihnen in der AK eine Stimme geben und klar ausdrücken, dass sich die Arbeit mit Menschen nicht weiterhin an Profiten orientieren darf.“



Michaela Bigler ist Pflegerin bei den Geriatrischen Gesundheitszentren Graz

Ich kandidiere für den GLB, weil gerade wir beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich eine ehrliche Vertretung in der Arbeiterkammer brauchen.

STEIRISCHE Volksstimme
 Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrenngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsart: Graz, Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock.
 E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at
Offenlegung: Die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des Sozialsystems und gegen Privatisierung von Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.
Druck und Versand: Druckwerk 6, 8605 Kapfenberg



GLB-KPÖ
 GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

Wohn- und Heizkosten: Land lässt Millionen liegen

Weil Landesrätin Doris Kampus (SPÖ) zu enge Regeln festlegte, fallen die Steierinnen und Steirer um 20 Millionen Euro um.

Aufgrund der hohen Kosten für Heizen, Strom und Wohnen musste die Bundesregierung letztes Jahr reagieren. Sie stellte der Steiermark 94 Millionen Euro zur Verfügung, um sie an Menschen auszu zahlen, die sich schwer mit dem Bestreiten dieser Kosten tun. Die Regeln für die Auszahlung legte SPÖ-Soziallandesrätin Kampus fest: wer im Haushalt weniger als rund 30.000 netto pro Jahr verdient, sollte den Zuschuss bekommen. Dazu kamen jene Haushalte, die Wohn- oder Sozialunterstützung beziehen oder den Heizkostenzuschuss des Landes letzte Heizperiode bekommen haben.

Die KPÖ hat schon im Frühjahr vergangenen Jahres die Grenze von 30.000 Euro kritisiert. Nicht nur war sie zu niedrig angesetzt, auch wurde nicht berücksichtigt, ob in einem Haushalt nur eine Person oder etwa eine Familie mit mehreren Kindern lebt. Für Familien hätte es freilich höhere Grenzen und auch einen erhöhten Zuschuss gebraucht. Die Antwort der SPÖ-Landesrätin: „Aus unserer Sicht ist die Einkommensgrenze völlig gerechtfertigt!“

Dennoch musste man dann seitens der Landesregierung im Oktober nachbessern – wenige Monate, nachdem die KPÖ-Kritik in den Wind geschlagen wurde. Die Einkommensgrenzen wurden auf rund 40.000 Euro erhöht. Allerdings zu spät: Rund 20 Millionen Euro konnten nicht mehr ausbezahlt werden. Das ergibt sich aus Berechnungen auf Basis offizieller Zahlen der Landesregierung zu den Anträgen. Über die konkrete Summe wollte die Landesrätin freilich keine Auskunft erteilen.



Aus politischen Gründen wurden die Heizkosten hochgetrieben. Jetzt bleibt die Hilfe des Landes aus

Fraglich bleibt, was mit dem Geld passiert. Der Bund hat die Frist für die Verwendung bis Ende des Jahres verlängert. Es könnte sein, dass das Geld nun für den regulären Heizkostenzuschuss des Landes hergenommen wird – so würden aber nicht Bürger:innen zusätzlich entlastet werden, sondern das Sozial-Budget des Landes.

„Die Zuschuss-Politik war von Anfang an verunglückt“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. „Die Menschen haben sich in all den Boni und Zah-

lungen nicht mehr ausgekannt. Man hätte gleich Beihilfen systematisch ausbauen müssen. Ob nun wirklich allen Betroffenen geholfen werden konnte, scheint für die Landesregierung gar keine Rolle zu spielen. Und anstatt Ratschläge anzunehmen, wenn etwas nicht funktioniert, lässt man nun zig Millionen ungenutzt.“ Die KPÖ wird sich dafür einsetzen, dass das Bundesgeld direkt Menschen in der Steiermark zugutekommt und nicht im Budget der Landesregierung versickert.



KPÖ Klubobfrau im Landtag Claudia Klimt-Weithaler: „Die Zuschuss-Politik des Landes war von Anfang an verunglückt. Die Menschen haben sich nicht mehr ausgekannt.“

STEIRISCHE
Volksstimme
SERVICE
Richtsätze 2024

Pensionen - Ausgleichszulage brutto Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: € 1.217,66 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: € 1.921,46 Erhöhung pro Kind: € 187,93

Sozialunterstützung

Höchstsätze 2024

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: € 1.155,84 Volljährige im gemeinsamen Haushalt.. € 809,09 ab 3. volljährige Person: € 520,13 1., 2., 3. Kind: € 242,73 ab dem 4. Kind: € 202,27 Der Höchstsatz teilt sich zu 60 % (€ 693,50) in Lebensunterhalt und zu 40 % (€ 462,34) in Wohnbedarf. Betragen die Wohnkosten (Miete, Heizung, Strom, Haushaltsversicherung) weniger als 40 % werden nur die tatsächlichen Wohnkosten ausbezahlt. Übersteigen die Wohnkosten die 40 %, wird eine Wohnkostenpauschale in Höhe von max. 20 % (€ 231,17) gewährt.

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 1.217,96 für Alleinstehende und € 1.921,46 für Ehepaare. Die **Rezeptgebühr steigt** von 6,85 auf 7,10 € pro Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 518,44 Euro /Monat

Grenze für ORF-Beitrag/ Telefonentgeltzuschuss:

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen (Transferleistungen, **keine Gehälter**) bis zu einer Grenze von

1 Person: € 1.364,12
2 Personen: € 2.152,04 für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 210,48

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 200,10; über 3J: € 209,30, über 10J: € 232,00, über 19J: € 259,40

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern um € 8,20, bei 3 um € 20,20 bei 4 um € 30,70 bei 5 um € 37,20, bei 6 um € 41,50 bei 7 um € 60,30. Im September zusätzlich € 116,10 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; **für erheblich behinderte Kinder** kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden: Der Zuschlag beträgt € 180,90.

Pflegegeld 2024

Stufe 1:	€ 192,00	65h/Monat
Stufe 2:	€ 354,00	95h/Monat
Stufe 3:	€ 551,60	120h/Mon.
Stufe 4:	€ 872,10	160h/Mon.
Stufe 5:	€ 1.123,50	180h/Mon.
Stufe 6:	€ 1.568,90	üb.180h/M
Stufe 7:	€ 2.061,80	üb. 180h/M

KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

Es geht auch anders

Wie viel sind uns Gesundheit und Pflege als Gesellschaft wert? Viele Jahre führten politische Geringschätzung und neoliberaler Sparzwang zu permanenten Verschlechterungen für Patient:innen und Beschäftigte. In Graz hat sich das mit der letzten Wahl geändert: Gesundheit und Pflege sind ein Schwerpunkt der KPÖ. Etliche Schritte vorwärts sind schon gelungen:

- Aufbau der Gesundheitsdreh-scheibe in der Annenstraße
- Stärkung der Pflegedreh-scheibe
- Ausbau der Primärversorgungs-zentren mit Unterstützung der Stadt
- Pilotprojekt: Anstellung pfle-gender Angehöriger
- Pflege-Orientierungsmonat für Berufseinsteiger:innen
- Gehaltsverbesserungen für Beschäftigte der Grazer Geri-atrischen Zentren
- Schwerpunkt seelische Ge-sundheit

Wie unser Gesundheits- und Pflegewesen funktioniert, ist eine Frage des politischen Willens. Für uns ist Gesundheit nämlich keine Ware, wie wir das in seiner schlimmsten Ausformung in den USA sehen. Darum brauchen wir gemeinsame Initiativen für ein starkes öffentliches, solidarisches Gesundheitswesen. In Graz sind uns dabei einige Schritte nach vorne gelungen, die hoffentlich Schule machen – in der Steiermark und in ganz Österreich.

ROBERT KROTZER

ist Gesundheitsstadtrat der KPÖ in Graz

E-Mail:
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

Leitspital Liezen bleibt Problemfall

KPÖ und Bürgerinitiative BISS luden zu einer Informationsveranstaltung in Rottenmann.

Das „Leitspital“ Liezen lässt in der Region und im Landtag weiter die Wogen hochgehen. ÖVP-Gesundheitslandesrat Kornhäusl legte sich kürzlich in einem Interview fest: Der Spatenstich soll noch heuer erfolgen. Michael Pretzler und Helmut Gassner von der Bürgerinitiative BISS und die beiden KPÖ-Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** und **Werner Murgg** sehen das letzte Wort noch nicht gesprochen. Im Rahmen eines Informationsabends im bis auf den letzten Platz gefüllten Kleinen Stadt-saal im Volkshaus Rottenmann diskutierten sie darüber, warum das Leitspital-Projekt nicht umgesetzt werden sollte.

Michael Pretzler ging in seinem Referat auf drei große Problemfelder ein, die eine Ge-

nehmigung äußerst schwer bis unmöglich machen. Das betrifft einerseits Baugrube und Material: 60 Prozent des Leitspitals sollen unterirdisch liegen. Daraus ergibt sich eine gewaltige Baugrube. Rund 20.000 LKW-Fuhren wären nötig, um den Aushub zu verfrachten – eine enorme Verkehrsbelastung. Ebenso wurde die strikte **Höhenbeschränkung**, die es untersagt, höher als dreigeschoßig zu bauen, nicht in den Planungen berücksichtigt. „Diese Hindernisse sind mit dieser Planung nach meinem Kenntnisstand unüberwindbar“, folgert Pretzler. BISS-Obmann Helmut Gassner spannte den Bogen von den Anfängen der Proteste gegen das Leitspital-Projekt im Herbst 2017 bis zum heutigen Tag: „Eine Petition mit 17.500 Unterschriften und ein eindeutiges Votum bei der Volksbefragung wischt man nicht so einfach vom Tisch. Wir werden

sicher keine Ruhe geben, bis dieses unsägliche Leitspital-Projekt vom Tisch ist.“

Auch in gesundheitspolitischer Hinsicht ist das Leitspital-Projekt höchst problematisch. „Zentralisieren um jeden Preis, das ist das gesundheitspolitische Credo der Landesregierung. Wozu dieser fehlgeleitete Ansatz führt, können wir in den chronisch überlasteten Spitälern in Leoben und Graz schon beobachten“, hielten KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und LAbg. Werner Murgg fest. Der Rottenmanner KPÖ-Gemeinderat **Johann Ploeder** kritisierte, dass der dortige Bürgermeister bereits über eine Nachnutzung des Spitals diskutieren will: „So macht man sich zum Handlanger der Landesregierung und ihrer Zusperrpläne!“ Sowohl KPÖ als auch die Bürgerinitiative BISS wollen weiter für den Erhalt der bestehenden Spitäler kämpfen.



Riesiges Interesse: Der Saal war bis auf den letzten (Steh-)Platz gefüllt.

44 Betten am LKH Weststeiermark gestrichen

Die Lage in den steirischen Krankenhäusern spitzt sich weiter zu. Anfang Februar sind am Standort Deutschlandsberg des LKH Weststeiermark 44 Betten gestrichen worden. Somit fällt über ein Viertel aller Betten ersatzlos weg. „Landesrat Kornhäusl macht weiter, wo Drexler und Bogner-Strauß aufgehört

haben. Durch die Ausdünnung der Gesundheitsversorgung in den Regionen sind viele gezwungen, für Behandlungen nach Graz auszuweichen. Aber auch dort fehlen die Kapazitäten“, sagt KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

In Deutschlandsberg gibt es nach der Kürzung nur mehr

30 statt 57 Betten in der Chirurgie Betten. In der Abteilung Frauenheilkunde und Geburtshilfe gibt es nur mehr 26 statt 33 Betten. An der Abteilung für Innere Medizin werden 10 Betten gestrichen. Lediglich in der Palliativstation kam es zu einer Aufstockung von acht neuen Betten.

MISSTÄNDE BEI DER WOHNBAUFÖRDERUNG

Land lässt Betroffene im Regen stehen

Die Wohnbauförderung des Landes ist eine Maßnahme, die das Wohnen für die Menschen leistbar machen soll. In letzter Zeit werden immer mehr Missstände bekannt, die die Landesregierung in Erklärungsnot bringen.

Ein großes Problem sind die hohen Zinsen, die dafür sorgen, dass die Kosten für Mieter im geförderten Wohnbau massiv angestiegen sind. Problematisch: Der neu eingeführte Wohnbonus gilt nicht für vor 2015 errichtete Genossenschaftswohnungen, rund 25.000 Menschen schauen durch die Finger. Außerdem verlangen einzelne Banken für Wohnbauförderungsdarlehen deutlich höhere Zinsen, als es das Wohnbau-Förderungsgesetz erlaubt. ÖVP und SPÖ sehen aber keinen Grund, im Interesse der Betroffenen aktiv zu werden.

Höhere Preise für Mietkäufer

Besonders brisant sind die Vorgänge im Grazer Messe-



LABg. Werner Murgg kritisierte die Missstände im Wohnungswesen.

quartier: Die Wohnungsgesellschaft ENW weigert sich dort beharrlich, den potenziellen Mietkäufern die geförderten Wohnungen zu den ursprünglich vereinbarten Bedingungen anzubieten. Im Durchschnitt verlangt die ENW um 60.000 Euro mehr, als sie es laut Förderbedingungen des Landes dürfte. Von der Landesregierung ist zu dieser Causa nichts zu hören.

Auf Anfrage der KPÖ richtete Landesrätin Simone **Schmiedt-**

bauer (ÖVP) im Landtag den Betroffenen aus, dass sie das Problem vor Gericht klären sollen, sie sei nicht verantwortlich. Dieses Abputzen erzürnt KPÖ-LABg. **Werner Murgg**: „Ich kann nach wie vor keine effektive Aufsicht der Wohnbaugenossenschaften durch das Land Steiermark erkennen. Das ist fahrlässig. Noch dazu werden die Betroffenen im Regen stehen gelassen. So geht das nicht. Das ist ein handfester Skandal.“

Politikergehälter steigen auch 2024

Über 909 Euro mehr am Gehaltszettel darf sich ÖVP-Landeshauptmann **Christopher Drexler** seit Jahresbeginn freuen. Er bezieht nun satte 19.667 Euro brutto monatlich. Sein Stellvertreter **Anton Lang** von der SPÖ schneidet mit 18.632 Euro im Monat etwas schlechter ab.

Die KPÖ kritisiert diese exorbitant hohen Politikergehälter seit jeher. Wer fast 20.000 Euro brutto pro Monat kassiert, kann keinen Bezug zu den alltäglichen Sorgen und Problemen der normalen Leute haben. Die Konsequenz ist eine Politik von ÖVP und SPÖ, die oft völlig an der

Lebensrealität der Bevölkerung vorbeigeht.

Die KPÖ hat deshalb im Landtag den Antrag eingebracht, die steirischen Spitzenbezüge um mindestens 30 Prozent zu senken. Leider konnten sich

sämtliche anderen Parteien nicht einmal dieser Minimalforderung anschließen. In der Frage der eigenen Luxusbezüge sind sich ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne und Neos dann doch wieder einig.

So viel „verdienen“ Politiker in der Steiermark ab 1.1.2024	
Landeshauptmann	19.667 €
Landeshauptmann-Stv.	18.632 €
Landesregierungsmitglied	17.597 €
Erste Landtagspräsidentin	13.974 €
Klubobleute	12.939 €
Landtagsabgeordnete	6.728 €

KOMMENTAR

Werner Murgg



Landtags-
abgeordneter
der KPÖ

24 Millionen zu viel bezahlt

Die Grazer Fernwärmekunden werden im Vergleich zu denen in Linz, in beiden Städten gilt eine amtliche Preisregelung, abgezockt. Das habe ich unlängst im Landtag thematisiert. Hintergrund ist, dass Landeshauptmann Drexler nicht alle Möglichkeiten ausnutzt, die er als Regulierungsbehörde zur Verfügung hat. In Folge stiegen die Fernwärmepreise in der Steiermark um über 100 Prozent seit 2022, während sie in Oberösterreich nur um 8 Prozent angehoben wurden. Während man in Linz somit beim Arbeitspreis nur 7 Cent für eine Kilowattstunde bezahlt, kostet sie bei der Energie Steiermark ca. 15 Cent. Ich habe im Landtag vorgerechnet, würde Landeshauptmann Drexler wie in Oberösterreich bei der Preisgestaltung auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kunden berücksichtigen, hätten sich diese seit der gewaltigen Verteuerung vor zwei Jahren ca. 24 Millionen Euro erspart.

Viele Haushalte sind mit Nachzahlungen von mehreren hundert Euro konfrontiert. Die Raten vieler Leute haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Kein Wunder, dass sich das oftmals vorne und hinten nicht mehr ausgeht. Auf Druck der KPÖ hat Landeshauptmann Drexler eine Preissenkung angekündigt. Die KPÖ wird das Thema jedenfalls im Auge behalten!

Werner Murgg

Landtagsabgeordneter der KPÖ und Stadtrat in Leoben

E-Mail:

le@kpoe-steiermark.at

Gemeinsam für leistbares Wohnen!

Wie geht es Ihnen mit Ihren Wohnkosten? Wenn Ihre Antwort „Schlecht“ ist, geht es Ihnen wie vielen Steirerinnen und Steirern.

Miete, Strom, Heizung, Betriebskosten: Alles wird immer teurer – und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Bundesregierung weigert sich nämlich beharrlich, in die Preise einzugreifen und dem Wucher bei den Mieten und der Energie ein Ende zu setzen.

Auch die steirische Landesregierung hat lange Jahre nur zugesehen, wie sich immer mehr Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können. Über 11 Jahre (!) haben SPÖ und ÖVP die steirische Wohnunterstützung nicht angehoben. Alle Anträge der KPÖ, diesen Missstand zu beheben, wurden belächelt und niedergestimmt.

„Für uns ist dann immer klarer geworden: Diese Blockade-

haltung der Landesregierung werden wir nur dann aufbrechen, wenn wir auch außerhalb des Landtags den Druck erhöhen“, so KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**. Am 1. Mai 2023 war es dann so weit: die Wohnpetition startete.

Die Rückmeldungen an den Infoständen in der ganzen Steiermark waren überwältigend. In kürzester Zeit waren tausende Unterschriften für leistbares Wohnen beisammen. Diesen Druck aus der Bevölkerung konnte die Landesregierung nicht ignorieren – und siehe da: Die Wohnunterstützung wird um insgesamt 30 % angehoben und künftig jährlich an die Inflation angepasst!

Einmal mehr hat sich gezeigt: Wenn wir gemeinsam aktiv werden und Druck von unten aufbauen, dann können wir echte Verbesserungen durchsetzen.

In diesem Sinne möchten wir Sie einladen: Wenn Sie sich auch für leistbares Wohnen einsetzen wollen, dann unterschreiben Sie die Wohnpetition unten oder online auf www.wohnpetition.at.

Zu tun gibt es nämlich noch genug: Die Wohnunterstützung gehört massiv ausgeweitet, da die hohen Wohnkosten längst auch den sogenannten Mittelstand schwer belasten. Außerdem braucht es einen bundesweiten Mietendeckel für alle Wohnungen, der diesen Namen auch verdient, und viel mehr Landes- und Bundesmittel für leistbaren öffentlichen Wohnbau.



Wir fordern:

1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen; Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für BezieherInnen der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition an die Bundesregierung für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

Ihre Unterschrift für die Wohnpetition: ein Zeichen für leistbares Wohnen!



Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift



Ausgefüllte Listen bitte per Post an *KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz* schicken oder im KPÖ-Landtagsklub, im Volkshaus in der Grazer Lagergasse 98a oder in Ihrem KPÖ-Büro vor Ort abgeben. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!